

Niemand ist mehr sicher

„Hier erwartet mich die Todesstrafe“, sagte Roman Protassewitsch, kurz nachdem der Ryanair-Flug in der belarussischen Hauptstadt zur Landung gebracht wurde. Lukaschenko geht es nicht nur um Rache an dem Oppositionellen, sondern auch um Abschreckung. Von Friedrich Schmidt, Moskau



„Belarus hat Europa geschützt“: Das behauptete das Regime in Minsk nach der Landung des Fluges FR4978 in der belarussischen Hauptstadt am Sonntag. Foto: AFP

Die Überlieferung von Roman Protassewitschs vorerst letzten Momenten in Freiheit ist Passagieren zu danken. Laut ihren Berichten geriet der junge Gegner des belarussischen Diktators Alexandr Lukaschenko in Panik, als klar wurde, dass der in Athen gestartete Ryanair-Flug FR4978 nicht wie geplant in litauischen Vilnius, sondern in Minsk landen würde. „Das ist alles meinerwegen, sie schnappen mich“, habe Protassewitsch am Flughafen der belarussischen Hauptstadt gesagt. Da sei er schon ruhiger gewesen, habe aber gezeitert und erklärt: „Hier erwartet mich die Todesstrafe.“ Bald hätten die Sicherheitskräfte Protassewitsch abgeführt. Noch im Flugzeug habe der junge Mann seiner mitreisenden Freundin Sachen gegeben, was vielleicht ein Fehler gewesen sei, sagte ein Passagier: Die junge Frau sei wohl auch festgenommen worden, jedenfalls „haben wir sie später nicht mehr gesehen“.

Vieles war am Montag, dem Tag danach, noch unklar; offiziell bestätigt war nicht einmal, dass auch Protassewitschs Freundin, die 23 Jahre alte, in Vilnius studierende Russin Sofija Sapega, festgenommen worden war. Immer deutlicher aber wurde, dass mit Flug FR4978 etwas Beispiellooses geschehen war: Ein Flug zwischen zwei Mitgliedstaaten von Europäischer Union und Nato, mit Dutzenden Bürgern von EU-Staaten an Bord, war unter Beteiligung eines Kampfflugzeugs zur Landung in einem Drittstaat gebracht worden.

In der Version, die Lukaschenkos Regime verbreitet, ersuchten die Piloten selbst aufgrund eines Bombenverdachts um Landung in Minsk. Informationen darüber seien, wie das Staatsfernsehen behauptete, aus Athen wie auch aus Vilnius gekommen. „Belarus hat Europa geschützt“, behauptet das Regime. In Minsk wurde ein Strafverfahren um die falsche Gefahrenmeldung für das Flugzeug eingeleitet, ohne Details zum Urheber. Nach Angaben von Ryanair, einer irischen Billigfluglinie, informierte die belarussische Lufttraumüberwachung die Besatzung über eine mögliche Sicherheitsbedrohung an Bord und gab ihr auf, Minsk als nächstgelegenen Flughafen anzusteuern.

In Wirklichkeit war, als das Flugzeug scharf gen Osten abdrehte, der Zielflughafen Vilnius viel näher als Minsk. Was die Piloten genau dazu brachte, der Anweisung Folge zu leisten, blieb am Montag zunächst unklar, insbesondere die Rolle eines belarussischen Abfangjägers bei der Willensbildung der Piloten: Den Einsatz des mit Luft-Luft-Raketen bewaffneten MiG-29-Kampfflugzeugs hatte Lukaschenko nach Angaben seiner Presseleute selbst befohlen. Mancher vermutete, der Abfangjäger habe unmittelbar vor der Grenze zu Litauen ein sogenanntes Follow-me-Manöver geflogen, dem die Piloten folgen mussten. Berichte über eine Drohung mit Abschuss blieben zunächst unbestätigt. Stattdessen verbreitete das Regime, die palästinensische Terrororganisation Hamas habe gedroht, eine Bombe an Bord des Flugzeugs über Vilnius zu zünden.

Die Berichte der Passagiere zeugten aber überhaupt nicht von Dringlichkeit oder besonderen Schutzvorkehrungen, wie sie bei einer Bombendrohung zu erwarten wären, vielmehr von einer „Show“ des Regimes. Der Ryanair-Vorstandsvorsitzende Michael O’Leary sprach im irischen Radio von „staatlich unterstützter Entfüh-

rung“ und „Staatspiraterie“. Offenkundig hätten es die belarussischen Behörden auf „einen Journalisten und eine Reisegefährtin“ abgesehen gehabt. O’Leary sagte weiter, man glaube, neben Protassewitsch und dessen Freundin seien auch einige Agenten des belarussischen Geheimdienstes KGB in Minsk geblieben; Details blieben unklar.

Roman Protassewitsch hatte vom Flughafen in Athen über Beschattung berichtet: Ein Mann habe versucht, seine Reisedokumente zu fotografieren. Seit vielen Jahren lebte der 26 Jahre alte Minsker, bei dessen Geburt Lukaschenko schon an der Macht war, mit der Gefahr. Protassewitsch beteiligte sich als Schüler an Protesten gegen das Regime, wurde später Journalist bei Medien, die Lukaschenko störten. Ende 2019 floh Protassewitsch nach Polen, beantragte Asyl. Aus dem Exil wurde er im vergangenen Jahr zu einem der wichtigsten Gegner Lukaschenkos, als Chefredakteur für das Oppositionsmedium Next-

ta, zusammen mit dessen Gründer, Stepan Putilo. Nexta, zu Deutsch „jemand“, verbreitet vor allem über Kanäle im Messengerdienst Telegram Berichte über Vorgänge in Belarus, die das Regime nicht oder völlig anders beleuchten will, etwa Polizeigewalt. Eine Schlüsselrolle gewann Nexta in den Protesten um die Fälschung der Präsidentenwahl vom vergangenen August, veröffentlichte Routen und taktische Anweisungen für die Demonstranten. Damals sagte Protassewitsch, es sei ihm schwergefallen, mit Nexta die Grenze von einem journalistischen Projekt zu einem „Volksprojekt“ zu überschreiten: Dafür habe man sich nach langer Beratung angesichts der Unterdrückung der Opposition entschieden.

Mit der Wortführerschaft der Protestbewegung gewann Nexta Live, der wichtigste Auftritt des Mediums, zeitweise weit mehr als zwei Millionen Abonnenten, bei nur knapp neunehalb Millionen Einwohnern in Belarus; mittlerweile sind es noch

1,2 Millionen Abonnenten. Das Regime hat Nexta für „extremistisch“ erklärt, Protassewitsch und Putilo stehen auf einer Terroristenliste des Regimes. Protassewitsch verließ Nexta im vergangenen September, arbeitete seit Kurzem für einen anderen belarussischen Telegram-Kanal, Belamova, mit gut 260 000 Abonnenten. Nach Griechenland war Protassewitsch zwei Wochen zuvor mit seiner Freundin geistert; die in Litauen exilierte Swetlana Tichanowskaja, die den Sieg in der Präsidentenwahl beansprucht, sagte am Sonntag, Protassewitsch habe ihren Arbeitsbesuch in Griechenland in der Vorwoche fotografiert. Tichanowskaja berichtete weiter, sie habe danach ebenfalls den Ryanair-Flug von Athen nach Vilnius genommen. Von nun an sei niemand mehr sicher, wenn er über Belarus fliege: Lukaschenko habe entschieden, die Luftwaffe einzusetzen, um sich an einem Menschen zu rächen.

Dem Journalisten droht Schlimmes. Seit November wurde Protassewitsch, wie

auch Nexta-Gründer Putilo, in Belarus vorgeworfen, „Massenunruhen“ organisiert und „soziale Feindschaft“ geschürt zu haben; dafür droht jahrelange Lagerhaft. Jedoch ist sogar die Todesstrafe, die in Belarus als einzigem europäischen Land noch verhängt und durch Erschießen vollstreckt wird, durchaus eine Option: Sie steht auf bestimmte „Terroranschläge“, so, wenn eine „organisierte Gruppe“ gehandelt habe. Am Sonntag überließ es das Staatsfernsehen dem Vorsitzenden einer regimetreuen Journalistenvereinigung, Andrej Kriwoschejew, gegen Protassewitsch eine Reihe von Terrorvorwürfen zu erheben. „Dafür muss sich Protassewitsch verantworten“, tonte Kriwoschejew, „das müsste er in jedem zivilisierten Land der Welt.“ Entsprechende Justizvorwürfe könnten folgen.

Es geht dabei nicht nur um Rache, sondern auch um Abschreckung. Seit der Protestwelle sind Lukaschenkos frühere Ab-

grenzungsversuche von Russland und Scheinavancen gegenüber dem Westen vorüber. Der Diktator setzt nur auf seine Sicherheitskräfte, Agenten und Verschwörungstheorien. Brutalität ist Trumpf. Seit August hat das Regime Zehntausende Menschen festgenommen, unter ihnen Hunderte Journalisten, einige Tausend Strafverfahren eröffnet.

Selbst Heranwachsende von 16 bis 18 Jahren werden wegen Nichtigkeiten zu langen Haftstrafen verurteilt. Mehr als 400 politische Gefangene zählen Menschenrechtsschützer. Aus der Flut der täglichen Schreckensmeldungen, die kaum mehr den Weg in internationale Medien finden, ragte jüngst der Tod des politischen Gefangenen Witold Aschurok heraus: Er erlag nach offiziellen Angaben am vergangenen Freitag im Alter von 50 Jahren in Haft einem Herzstillstand, aber die Angehörigen erhalten den Leichnam nicht, wie Protassewitschs Telegram-Kanal am Montag berichtete. Ein Vorgänger Protassewitschs bei Belamova, Igor Lossik, sitzt seit bald einem Jahr in Haft, hat zwei Suizidversuche und einen Hungerstreik hinter sich und soll bald vor Gericht.

Das reicht Lukaschenko nicht: Derzeit lässt der Diktator eine Großoffensive gegen verbliebene kritische Stimmen im Land führen. Vorige Woche nahmen seine Leute etliche Mitarbeiter des größten unabhängigen Newsportals des Landes, Tut.by, unter Steuervorwürfen fest, sperrte die Website, beschlagnahmten Server. Tagelang fehlte von den Tut.by-Mitarbeitern und der ebenfalls festgenommenen Miteigentümerin jede Spur, ehe sie in Untersuchungsgefängnissen oder im Hausarrest wiederauftauchten. Lukaschenko sieht sich straflos, nach Überzeugung vieler seiner Gegner auch, weil der Westen trotz der Brutalität auf schmerzhaftes Strafmaßnahmen gegen das Regime verzichtet hat.

Vor allem kann Lukaschenko weiter auf Rückendeckung durch den russischen Präsidenten Wladimir Putin bauen, mit dem er noch in dieser Woche zusammenkommen will, in Sotschi am Schwarzen Meer. Während mehrere westliche Fluglinien mitteilten, den belarussischen Luftraum künftig zu umfliegen, ließ es von der russischen Flugaufsicht, Russlands Linien fliegen wie üblich nach und über Belarus. Der Duma-Abgeordnete Wjatscheslaw Lyssakow lobte die „glänzende Operation“ des belarussischen Geheimdienstes, und Margarita Simonjan, die Chefredakteurin des Propagandasenders RT, twitterte, sie sei „neidisch“ auf Belarus, Lukaschenko habe das „schön ausgeführt“.

Russlands Außenministerium nahm Lukaschenko in Schutz: Minister Sergej Lawrow sagte, man dürfe „die Situation nicht im Affekt beurteilen“, seine Sprecherin bemühte Fälle von 2013 und 2016, in denen Washington respektive der ukrainische Geheimdienst Flugzeuglandungen erwirkelt hatten, und sagte, entweder müsse der Westen immer schockiert sein oder auch dann nicht, wenn sich andere entsprechend verhielten. Ihr Relativierungsversuch ließ vergessen, dass in keinem dieser Fälle Abfangjäger im Spiel gewesen waren; er widersprach zudem der Minsker Version, dass die Piloten selbst auf einer Notlandung in Minsk bestanden hätten. Demonstratives Desinteresse zeigten Moskaus Machthaber auch an Meldungen, eine Reihe Russen sei aus Minsk nicht weiter nach Vilnius geflogen.

Geimpft ins neue Schuljahr?

Nach den Sommerferien sollen in manchen Ländern Kinder ab 12 Jahren bereits gegen Corona immunisiert sein – Ärzte äußern Bedenken

Seitdem der hessische Kultusminister die Pläne zur Impfung von Kindern und Jugendlichen verkündete, stehen bei Rudolf Moebus die Telefone nicht mehr still. Moebus ist Kinderarzt in Bad Homburg und Vorsitzender seines Berufsverbands in Hessen. Er kann schwärmen von den „hervorragenden“ neuen Impfstoffen. Er verimpft sie ja laufend selbst. Bisher allerdings nur an Eltern von schwer erkrankten Kindern. Die Pläne zur Impfung von Kindern und Jugendlichen kritisiert er scharf. Hessens Landesregierung war vorgeprescht und hatte mitgeteilt, dass im Idealfall bis zum Start des neuen Schuljahrs die Schüler ab zwölf Jahren mindestens einmal in Impfzentren geimpft sein sollten. Als „Meilenstein für einen sicheren Schulbetrieb“ priest Hessens Bildungsminister Alexander Lorz die Pläne. „Das ist der völlig falsche Weg“, sagt Moebus. Geimpft werden dürfe nicht in den Zentren. Und Voraussetzung für Impfungen müsse eine Empfehlung der Ständigen Impfkommission (STIKO) sein. Schließlich hätten Kinder bei einer Erkrankung mit Covid-19 so gut wie nie einen schweren Verlauf. In der Folge müsse bei ihnen auch die Risikoabwägung eine andere sein als bei Erwachsenen.

Es dürfte nur noch wenige Tage dauern, bis die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) über eine Zulassung des Impfstoffs von BioNtech auch für Kinder von zwölf Jahren an entscheidet. Trotz dem steigen die Erwartungen an die Impfungen von Kindern und Jugendlichen schon rasant. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) nannte sie einen „Weg zu regulärem Unterricht nach den Sommerferien“. Bis Ende August sollten die Länder minderjährigen Schülern ein Impfangebot machen. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) forderte von den Ländern konkrete „Impffahrpläne“ für Kinder und Jugendliche. Auch beim anstehenden Impfgipfel am Donnerstag mit der Kanzlerin wird das Thema im Zentrum stehen. Dabei sind zentrale Fragen noch völlig offen. Welche Risi-

ken haben Kinder und Jugendlichen durch eine Impfung – und welchen Nutzen von ihr? Wo sollen die Impfungen erfolgen? Und wird die STIKO die Impfungen überhaupt ohne Einschränkungen empfehlen? Zweifel daran gibt es durchaus.

Von medizinischer Seite wird vielfach der Eindruck erweckt, dass die Impfungen von Kindern unter 16 Jahren außer Zweifel stünden – ab 16 Jahren ist sie bereits möglich. Der Deutsche Arztetaz etwa hatte Anfang Mai mitgeteilt, die Bundesregierung solle „unverzüglich“ eine Impfstoffstrategie für Kinder und Jugendliche entwickeln und „vor Einsetzen des Winters 2021/22 umzusetzen“. Einerseits, um rechtzeitig die entsprechenden Impfdosen zu bestellen, und andererseits, um sicherzustellen, dass der Schul- und Kitabesch nicht wieder durch Lockdowns beeinträchtigt wird. Die Impfstoffhersteller bauten vor: Moderna und Johnson & Johnson kündigten an, bis Herbst ihre Studien für einen Kinder/Jugend-Impfstoff mit geringeren Impfstoffkonzentrationen abgeschlossen zu haben, und auch Pfizer/BioNtech arbeitet seit März an einem Impfstoff, der bis Herbst oder Winter für Kinder von zwölf Jahren abwärts bis zu sechs Monate alten Säuglingen gedacht ist.

Fälle von Myokarditis bei Jüngeren

Sicherheitsprobleme erwarten sie nicht über die bereits bei Erwachsenen abgescherten Befunde über mögliche, wenn auch seltene allergische Reaktionen hinaus. Kopfzerbrechen könnten ihnen allerdings jüngste Meldungen aus Israel und Amerika über mögliche Verdachtsfälle nach mRNA-Impfungen machen, in denen insbesondere bei jüngeren Impflingen (nicht bei Kindern) wenige Tage nach der zweiten Impfdosis seltene Fällen von Myokarditis (Entzündungen des Herzbeutels) aufgetreten waren. Die Pharmakovigilanz-Stelle der EMA hatte weitere Nachforschungen schon Anfang Mai angekündigt, auch zu seltenen Entzündungen der Herz-

membran (Pericarditis). Sie hob aber ebenso wie die amerikanische Seuchenbehörde CDC hervor, dass Hinweise auf einen ursächlichen Zusammenhang mit der Impfung bisher nicht erhärtet werden konnten. Möglich ist, dass es bei den Betroffenen zu Doppelinfektionen etwa mit Enteroviren oder eben auch mit SARS-CoV-2 gekommen war. Denn eine Covid-19-Erkrankung kann zu solchen, meist nach Wochen abklingenden, Symptomen führen.

Unabhängig von solchen Sicherheitsfra-

Von Joachim Müller-Jung,
Julian Staib und
Matthias Wyssuwa

gen regt sich Widerstand bei Ärzten und Wissenschaftlern gegen eine möglichst lückenlose Impfung aller Kinder und Jugendlichen. Das Netzwerk Evidenzbasierte Medizin verlangt vor Entscheidungen der Behörden und Politik einen „sorgfältigen öffentlichen Diskurs“. Ob man die Kinder impfen müsse, um Herdenimmunität zu erreichen, sei keineswegs sicher. Solange Impfstoffe zudem knapp seien, müsse Nutzen und Stellenwert der Impfungen bei den von schweren Covid-19-Erkrankung weitgehend verschonten Jüngsten genau abgewogen werden. Zuerst sollten die ärmsten Länder mit Impfstoffen versorgt werden, um erwachsene Risikopersonen zu schützen. Damit stellt sich das Mediziner-Netzwerk auf die Seite der Weltgesundheitsorganisation.

Auch eine Gruppe von Ärzten der Universität Witten/Herdecke, die für eine noch nicht begutachtete Vorabveröffentlichung die aktuelle wissenschaftliche Literatur durchforstet haben, kommt zum Schluss: „Es gibt keine Nachweise, dass eine Impfung bei Kindern erforderlich oder überhaupt wirksam wäre, und die nach Impfungen und Selbstschutzmaßnahmen noch gefährdete, erwachsene Be-

völkerung zu schützen oder eine Herdenimmunität zu erreichen.“ In Amerika sind die Fallzahlen bei Minderjährigen nach den massiven Impfkampagnen unter Erwachsenen, innerhalb einer Woche um 32 Prozent gesunken, in Großbritannien meldet die Gesundheitsbehörde Public Health England stabil niedrige Inzidenzen bei Kindern, obwohl die Schulen seit fünf Wochen geöffnet sind.

Ob solche Rückgänge allerdings verallgemeinert werden können, bezweifeln andere. Sie weisen auf die Gesundheitsrisiken, die für sie bei einer Covid-19-Erkrankung zwar deutlich niedriger liegen als bei Erwachsenen – aber mutmaßlich eben immer noch höher sind als nach einer Impfung. Gefürchtet sind vor allem neurologische Störungen, die wochen- oder monatelang anhalten könnten. Dazu gehört das „Pädiatrische Inflammatorische Multisystem-Syndrom“, ein wenige Wochen nach der Infektion auftretender fiebriger Entzündungsprozess, der auch schwere Verläufe haben kann. Vorläufige Daten legen nahe, dass eins von tausend infizierten Kindern betroffen sein könnte. Nach jüngsten Studien des Office for National Statistics in London klagen dort 13 Prozent der unter Elfjährigen und 15 Prozent der 12- bis 16-Jährigen, die an Covid-19 erkrankten, über mindestens ein Symptom fünf Wochen nach der Entlassung aus der Klinik. In Amerika läuft eine ähnliche Debatte: Von vier Millionen nachweislich infizierten Kindern wurden 16 000 im Krankenhaus behandelt, etwa 300 starben. In Deutschland mit seinen 14 Millionen Kindern dagegen sind bisher erst etwa 1200 Infizierte Kinder mit Covid-19 in Kliniken aufgenommen worden, vier sollen an der Krankheit gestorben sein.

Was das für die Empfehlung der STIKO bedeutet, ist offen. Ihr Vorsitzender Thomas Mertens gab sich zuletzt jedenfalls skeptisch. Er sagte der Zeitung Der Tagesspiegel, das „vorzeitige Ausfragen einer allgemeinen Impfung für alle Kinder ist verfrüht und bedauerlich“. Für eine Impfe-

mpfung für Kinder gegeben sein. Das übergeordnete Ziel, durch deren Impfung der Herdenimmunität in der Bevölkerung näher zu kommen, gehöre nicht dazu.

Doch schon bevor es die Zulassung gibt, schon bevor die genaue Empfehlung der STIKO bekannt ist, wird in den Ländern an dem „Impffahrplan“ gearbeitet. Hessen will den rund 500 000 Schülern, die älter als 12 Jahre sind, noch vor den Sommerferien ein Impfangebot machen, damit diese im Idealfall bis zum Start des neuen Schuljahres mindestens einmal geimpft sind. Impfungen in Verbindung mit Tests machten ihn „sehr optimistisch, dass wir schon sehr bald im neuen Schuljahr weitgehend zu dem Schulalltag zurückkehren, den wir vor Corona kennen“, sagte der hessische Bildungsminister Lorz dazu. Registrieren können sich die Schüler bei einem Impfzentrum, in dem sie auch geimpft werden sollen. Mobile Impfteams könnten zudem in Schulen eingesetzt werden. Vom Verband der Kinder und Jugendärzte in Hessen heißt es, die Impfungen „in dem anonymen Setting eines Impfzentrums durchzuführen ist eine abwegige Idee“. Nur bei den Kinder- und Jugendärzten beziehungsweise den Hausärzten sei „sicher gestellt, dass das Wohl der Kinder und Jugendlichen bei der Abwägungsfrage pro und contra Impfung im Vordergrund steht“.

Ungeimpfte Kinder mit Nachteilen?

In Hamburg sagt die Gesundheitsbehörde offiziell zwar wenig, bis nicht die Zulassung der EMA und die STIKO-Empfehlung da ist. Doch auch in Deutschlands zweitgrößter Stadt gibt es längst recht genaue Pläne. Die zeigen, welche großen Auswirkungen die Impfungen von Kindern und Jugendlichen für die Impfkampagne haben. Es gibt in der betreffenden Altersgruppe 110 000 Kinder und Jugendliche in Hamburg, es geht also um 220 000 Impfungen – und 220 000 BioNtech-Dosen. Kinderärzte werden dabei eine Rolle spielen, es dürfte auch in einigen Schulhallen

Impfaktionen geben. Die wichtigste Rolle in den Plänen der Stadt spielt aber das Impfzentrum, heißt es. Im gesamten Juli könnte es fast ausschließlich genutzt werden, um Kinder und Jugendliche zu impfen, wird überlegt. Den Zeitpunkt bis zur zweiten Impfung könnte man bei BioNtech bis auf drei Wochen verkürzen, um schneller voranzukommen. Der Plan bedeutet aber auch, dass es schon bald nach einer Zulassung und STIKO-Empfehlung im Impfzentrum keine Erstimpfung von Erwachsenen mehr geben dürfte – damit deren Zweitimpfungen im Juli nicht das Impfzentrum auslasten. Das könnte wiederum mehr Belastung für die Hausärzte zur Folge haben. Und nicht nur die Impfstoffdosen sind knapp, auch die Zeit ist es: In Hamburg beginnt wie im benachbarten Schleswig-Holstein schon Anfang August wieder die Schule. Die dortige Bildungsministerin Karin Prien (CDU) sagte der F.A.Z., es sei wichtig, „dass sichergestellt wird, dass die Länder, die früh in die Sommerferien gehen, rechtzeitig die notwendigen Mengen des Impfstoffs erhalten“.

Wie der Schulalltag im neuen Schuljahr konkret aussehen wird, weiß keiner. Müssen geimpfte Kinder noch Maske tragen oder sich testen lassen? Wird überhaupt abgefragt, welche Kinder geimpft sind? In den Bildungsministerien fallen die Antworten oft noch ausweichend aus. Ein Sprecher des hessischen Kultusministeriums sagte dazu der F.A.Z., Stand heute gebe es dann vermutlich eine „Testpflicht der Schülerinnen und Schüler (. . .)“, die noch nicht geimpft sind oder deren Eltern keine Impfung möchten“. Kinderarzt Moebus warnt vor einer „Stigmatisierung“ von ungeimpften Kindern in den Schulen. Bildung, Sport, soziale Kontakte, und altersgerechte Teilhabe dürften nicht vom Impfstatus abhängig sein. Er wundert sich ohnehin, sagt der Kinderarzt, dass es nun schon um die Impfungen von Schülern geht. In seiner Praxis, wo er beispielsweise Eltern von schwer erkrankten Kindern immunisiert, seien immer noch nicht alle Personen aus den Prioritätengruppen durchgeimpft.